ARBEITSPLÄTZE

Das deutsche Nachbeben

Die Terroranschläge in den USA beschleunigen den Abwärtstrend der deutschen Wirtschaft, sie schlittert offenbar in eine Rezession. Vom schnellen Aufschwung redet niemand mehr. Fast überall heißt es jetzt: Gewinnwarnung, Investitionsstopp, Stellenabbau.

Alle paar Monate lädt DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp die Spitzen der Wirtschaft nach Berlin ein, um mit hochkarätiger Prominenz vertraulich über das Weltgeschehen zu plaudern. Vorigen Montag zu Gast im Restaurant „First Floor“ des Hotel Palace: Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Den Topmanagern bot sich eine glänzende Gelegenheit, ihre Sorge um die Konjunktur nach den Terroranschlägen in den USA an höchster Stelle vorzutragen. Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Rolf Breuer verwies auf den Paradigmenwechsel, der gerade in den USA passiere, wenn US-Präsident George Bush vom Kongress 20 Milliarden Dollar an Krisenhilfe fordere – und 40 Milliarden bekomme. Später schob er gegenüber dem „Handelsblatt“ die Idee einer „konzertierten Aktion“ nach, bei der die öffentliche Hand eine Milliardensumme für Infrastruktur-Investitionen bereitstellen sollte. Andernorts, in Wolfsburg, forderte einen Tag später VW-Chef Ferdinand Piëch eine Verschrottungsprämie für Altautos, um den Verkauf von Neuwagen zu stimulieren – Hauptprofiteur wäre natürlich Marktführer Volkswagen.

Ausgerechnet jene, die sonst Marktwirtschaft predigen, rufen nun lauthals nach dem Staat, eine kontroverse Debatte kommt in Gang. Die einen wie VW-Chef Piëch glauben, „kaufunterstützende Förderungsprogramme“ könnten „vor dem derzeitigen konjunkturellen Hintergrund einen maßgeblichen Wachstumsbeitrag leisten“.

Die anderen wie der Unternehmensberater Roland Berger warnen davor: „Die Bundesregierung täte stattdessen gut daran, die Steuerreform auf die Jahre 2002/2003 vorzuziehen, auf maßvolle Tarifabschlüsse einzuwirken und die Infrastruktur mit Hilfe privater Investitionen zu verbessern.“

Schröder jedenfalls blieb erst mal reserviert, von „Strohfeuer-Programmen“, so der Kanzler, halte er nichts.

Schließlich war die deutsche Wirtschaftselite immer schon fix dabei, staatliche Hilfen einzufordern. Doch nie ließen sie sich leichter rechtfertigen als in dieser Ausnahmesituation. Längst geraten nicht nur Fluggesellschaften, Touristikfirmen und Versicherungen unter Druck. Quer durch die Branchen beginnen die Konzerne die Nachbeben des 11. September zu spüren.

Seit drei Wochen sind all ihre Prognosen über den Geschäftsverlauf hinfällig. Autohersteller und Chemiekonzerne, Banken, Werbeagenturen und Einzelhändler schreiben eilig ihre Investitions- und Beschäftigungspläne um. Nachdem gerade das dritte Quartal zu Ende gegangen ist, erwarten Analysten eine Welle von Gewinnwarnungen.

Vorsichtshalber stellen die Unternehmen alles, was entbehrlich scheint und schnell loszuschlagen ist, zur Disposition. „Jeder schaut sich jetzt seine Kostenstruktur genau an“, sagt Roland Geiger, Europa-Chef der Beratungsfirma Gap Gemini Ernst & Young. Die ersten Firmen treten bereits hart auf die Bremse.

Volkswagen schließt seine Werke in Wolfsburg und Emden im Oktober für eine Woche, Ford in Köln meldet Kurzarbeit an. Die Commerzbank erwägt, sich von rund 4000 Beschäftigten zu trennen, die Dresdner Bank will weitere 1300 Stellen streichen. Und

„Der Staat muss Rahmenbedingungen für die Sicherheit und Infrastruktur am Boden sowie in der Luft schaffen. Wichtig ist: Die Bundesregierung muss wettbewerbsverzerrende Subventionen verhindern.“

Jürgen Weber, Lufthansa

„Staatliche Konjunkturprogramme würden die Konsolidierungspolitik von Hans Eichel unterlaufen, ohne etwas zu bewirken, da wir Teil einer globalen Wirtschaft sind.“

Roland Berger, Unternehmensberater

„Wir brauchen eine konzertierte Aktion: Die öffentliche Hand könnte mit Infrastrukturmaßnahmen, Unternehmen mit Anpassung ihrer Investitionen und Gewerkschaften mit maßvoller Lohnpolitik dazu beitragen.“

Rolf Breuer, Deutsche Bank

„Wir erwarten auch von der Politik deutliche Impulse, um die Marktschwäche in Deutschland zu überwinden. Ein Erfolg versprechender Ansatz wäre hierbei eine vom Staat finanzierte Verschrottungsprämie.“

Ferdinand Piëch, Volkswagen

„Ich halte nichts von Sonderprogrammen der Bundesregierung. In der Bauwirtschaft würden damit nur die enormen Überkapazitäten konserviert und der unabdingbare Strukturwandel hinausgezögert.“

Konrad Hinrichs, Philipp Holzmann

THOMAS KOEHLER / PHALANX ; UNKEL / ULLSTEIN BILDERDIENST; FRANK MAY / DPA; DPA; NICO SCHMIDT (VON OBEN)

Lufthansa beabsichtigt, 4800 Mitarbeiter seiner Catering-Tochter LSG Sky Chefs in den Zwangsurlaub zu schicken.

Die Fluggesellschaft hat Beförderungen und Fortbildungskurse bis auf weiteres gestrichen, ab sofort ist unbezahlter Sonderurlaub möglich, befristete Verträge laufen automatisch aus. Die Dienste von Beratungsfirmen will Konzernchef Jürgen Weber kräftig beschneiden.

Der Chemieriese Bayer hat spontan sein geplantes Investitionsvolumen um 500 Millionen Euro gesenkt. Konzernchef Manfred Schneider warnte seine Arbeitnehmer, sie müssten sich auf Kurzarbeit einstellen, „falls sich die Konjunktur im vierten Quartal nicht erholt“. Von einem Aufschwung aber gehen selbst notorische Optimisten nicht aus.

Im Gegenteil, kaum ein Gewerbe in Deutschland bleibt unberührt von der Schockwelle aus den USA. Manche trifft sie wohl nur vorübergehend, etwa die Heidelberger Hoteliers, die jammern, dass kaum noch Amerikaner oder Japaner in der Touristenstadt logieren. Oder die Schausteller und Wiesnwirte beim Münchner Oktoberfest, die zu Beginn Einbußen von bis zu 30 Prozent hinnehmen mussten.

Andere Branchen werden sich dauerhaft neu orientieren müssen. Bei Kunststoffherstellern zum Beispiel schlägt die unsichere Marktlage im Flugzeug- und Autobau voll durch. Ob Lacke, Reifen oder Karosserieteile: Mit jedem Auto oder Flugzeug, das nicht gebaut wird, entgeht der Chemieindustrie eine Order.

BASF-Vorstandsmitglied John Feldman, zuständig für Kunststoffe, registriert schon einen „ganz deutlichen Rückgang beim Auftragseingang“. Konzernchef Jürgen Strube prüft, ob er es mit der bereits angekündigten Stilllegung von zehn Standorten bewenden lassen kann, und lässt durchrechnen, wie er reagieren muss, wenn der bislang erwartete Aufschwung im kommenden Jahr ausbleibt. „Unsere Kunden signalisieren“, sagt Strube, „dass sie die Kaufzurückhaltung der privaten Verbraucher spüren.“

In Wahrheit können exportabhängige Branchen derzeit nur spekulieren, wie stark ihr Geschäft tatsächlich in Mitleidenschaft gerät. Im Maschinenbau, dessen wichtigster Ausfuhrmarkt die USA sind, liegen zwischen Auftrag und Auslieferung meist vier bis sechs Monate. „Das Ganze wird erst Anfang nächsten Jahres voll durchschlagen“, erwartet der Maschinenbauunternehmer Diether Klingelnberg.

In diesen Tagen ist er auf Krisenmission in den USA, Klingelnberg will bei Automobilzulieferern in Cincinnati und Pittsburgh Aufträge für seine mittelständische Firma (Umsatz: 280 Millionen Mark) retten. „Die sind jetzt alle sehr vorsichtig“, sagt der Unternehmer nüchtern, „einige sind schon von Projekten abgerückt.“

Da mag Kanzler Schröder noch so eindringlich an die Bürger appellieren, dass es „keinen Grund für Kaufzurückhaltung“ gebe: Alle Erfahrungen mit Krisen wie dem Börsencrash 1987 und dem Golfkrieg 1991 lehren, dass sich auch diesmal die Verbraucherstimmung eintrüben wird.

Darunter leiden vor allem Hersteller und Händler von Luxusartikeln wie Schmuck oder Parfum. Unilever spürt schon bei seiner Duft-Marke Calvin Klein „die Folgen eines schwächeren ökonomischen Umfeldes“ – und das kurz vor Beginn des Weihnachtsgeschäfts. Der Hamburger Juwelier Wempe erwartet für das vierte Quartal, dass sein Geschäft im Vorjahresvergleich um 10 bis 20 Prozent zurückgehen wird.

Der gesamte Einzelhandel muss seine Ziele niedriger stecken. Real wird das Geschäft von Drogerien, Schuhläden oder Boutiquen in diesem Jahr voraussichtlich um ein halbes Prozent schrumpfen, 25 000 Stellen werden abgebaut. „Die Stimmung ist gedrückt“, sagt Hermann Franzen, Präsident des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels. Die Investitionsbereitschaft beschreibt er als „wenig erfreulich“: Die Hälfte der Firmen wolle weniger investieren als im Vorjahr.

Unfreiwillig prophetisch hatte die Bundesbank in ihrem letzten Monatsbericht nachgewiesen, was nun offensichtlich wird: dass nichts die Unternehmen stärker vom Investieren abhält als „das Grundphänomen der Unsicherheit“ – und die ist derzeit so groß wie seit Jahren nicht mehr.

Kein Wunder, dass immer häufiger das gefürchtete R-Wort in Deutschland die Runde macht. „Wir werden alle Hände voll zu tun haben, nicht in eine Rezession zu schlittern“, warnt Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Vergangene Woche hat Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Investmentbank Goldman Sachs, seine Wachstumsprognose für Deutschland im Jahr 2002 von 2,1 auf 1,5 Prozent zurückgenommen, die Zahl der Arbeitslosen steige hingegen saisonbereinigt auf 3,9 Millionen. Dann sei eine Rezession schwer abzuwenden, glaubt Mayer: „Wir sind sehr nahe dran.“

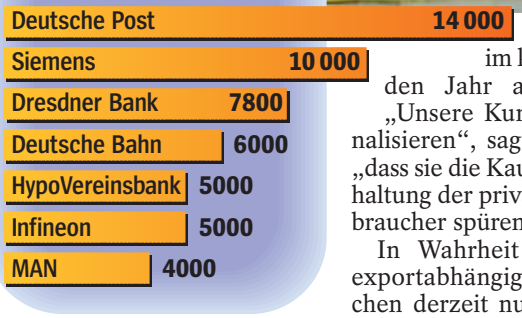
Die Katastrophe in den Vereinigten Staaten bietet den Unternehmen nun eine außergewöhnliche Gelegenheit: Sie können die Anschläge als Vorwand anführen, um weitere schlechte Nachrichten zu rechtfertigen. „Wäre ich Finanzvorstand, würde ich alle schlechten Zahlen in diesem Quartal zusammenkehren“, sagt der Boston-Consulting-Berater Daniel Stelter. „Die Krise bietet die Chance, mit Tabus zu brechen.“

Die Hamburger Internet-Firma PopNet ist sogar so weit gegangen, das Scheitern des Unternehmens mit dem Terror-Argument zu begründen. Verhandlungen mit einem angeblichen potenziellen Partner seien „nach dem tragischen Ereignis in den USA“ unterbrochen worden, daraufhin habe die Commerzbank ihr die Kreditlinien gekündigt – einen Tag später stellte PopNet den Insolvenzantrag.

Dinah Deckstein, Alexander Jung, Heiko Martens

BASF-Werk (in Schwarzheide): *„Ganz deutlicher Rückgang beim Auftragseingang“*

RALF HIRSCHBERGER / DPA

Stellenschwund

Vorgesehene Arbeitsplatzstreichungen deutscher Unternehmen